

Sehr geehrte Damen und Herren, anbei die Themen der Woche:

Geflügelpest im Emsland erloschen

Die Landkreise Emsland, Cloppenburg und Osnabrück haben mit Wirkung vom 3.9. alle angeordneten Sperrmaßnahmen aufgehoben. Die Geflügelpest gilt damit als erloschen einschließlich der Aufstallungsanordnung.

Nachdem in der vergangenen Woche alle Ergebnisse der Aufhebungsuntersuchungen im Sperrgebiet negativ waren und das Sperrgebiet Teil des Beobachtungsgebietes wurde, lagen alle Ergebnisse der Aufhebungsuntersuchungen im Beobachtungsgebiet vor. Alle Proben hatten einen negativen Befund, so dass auch das Beobachtungsgebiet mit den angeordneten Sperrmaßnahmen in den Landkreisen Emsland, Cloppenburg und Osnabrück aufgehoben werden konnte.

DBV bei Großdemo in Brüssel zur Situation auf den Agrarmärkten

Der europäische Bauern- und Genossenschaftsverband (Copa-Cogeca) veranstaltet am 7. September eine Großdemonstration mit angekündigten 2.000 Landwirten. Damit soll gegen die dramatische Lage auf dem EU-Agrarmarkt protestiert werden. Copa-Cogeca macht die russischen Exportrestriktionen für das Preistief bei Milch, bei Schweinen, Rindern, Obst und Gemüse verantwortlich. Zur Unterstützung des Schweinefleischsektors, der sich derzeit in einer äußerst schwierigen Lage befindetet, drängt Copa-Cogeca die EU schon seit längerem zu intensiveren Verhandlungen mit Russland über die Aufhebung der Anfang 2014 verhängten Einschränkungen für EU-Schweinefleischexporte. Dadurch könnten zumindest die Exporte nach Russland für Produkte wie genießbare Schlachtnebenerzeugnisse und Speck wieder aufgenommen werden.

Sowohl der DBV als auch Landesbauernverbände aus ganz Deutschland sind mit Delegationen vor Ort dabei. Bei ihrer örtlichen Kreisgeschäftsstelle erhalten sie weitere Informationen zu den aktuellen Abläufen. Bundesminister Schmidt und Präsident Rukwied treffen sich zuvor, um die deutschen Positionen der Sondersitzung der EU-Agrarminister abzustimmen.

Agrarminister drängen auf rasche Lösungen zur Marktstabilisierung

Auf konkrete und zügige Maßnahmen zur Lösung der aktuellen Krisenlage auf den Agrarmärkten

drängen Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt und seine Amtskollegen aus Frankreich und Polen, Stéphane Le Foll und Marek Sawicki. Mit Blick auf den Sonderagrarrat am 7. September warnten die drei Minister am Montag in Berlin vor einer „neuen Diskussionsrunde“ und forderten kurzfristige Schritte zur Stabilisierung des Milch- und Schweinefleischmarktes. Notwendig wären nach ihrer Einschätzung beispielsweise eine zeitweilige Anhebung der Schwellenwerte für Interventionsmengen, Anpassungen bei der Privaten Lagerhaltung (PLH) sowie die Förderung von Drittlandsexporten. Sektorale Einnahmen wie die Superabgabe sollten nach ihrem Willen im EU-Agrarhaushalt verbleiben und zur Finanzierung marktstützender Maßnahmen dienen. Schmidt sprach sich zudem für eine schnelle Auszahlung der Direktbeihilfen, möglichst noch in diesem Jahr aus. Notwendig sei hier eine pragmatische Lösung zur Sicherung der Liquidität der Bauern, ähnlich der im Dürrejahr 2003. Angesichts des russischen Importembargos sprach sich Sawicki in Berlin sowohl für eine Stärkung des EU-Binnenmarktes als auch für eine bessere Exportförderung aus. Für Le Foll ist ein „funktionierender“ Binnenmarkt ebenfalls ein wichtiger Faktor für stabile Märkte. AgE

Streit wegen staatlicher Antibiotikadatenbank

Der Umgang mit Ergebnissen der 2014 eingerichteten staatlichen Antibiotikadatenbank ist in der vergangenen Woche zum agrarpolitischen Streitobjekt geworden, schreibt Agra-Europe. Auslöser waren Medienrecherchen, nach denen das Bundeslandwirtschaftsministerium den Ländern Anfang Juli in einem Schreiben untersagt hat, Parlamentsabgeordnete und Medien über Daten zum Medikamenteneinsatz zu informieren. Presseberichten zufolge zeigten sich mehrere Landesagrarminister wenig erfreut über den „Maulkorb“ aus Berlin. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt wehrte sich indessen gegen die Kritik aus den Ländern. Das Arzneimittelgesetz (AMG) regle klar, dass sich die Nutzung der gemeldeten Antibiotikadaten ausschließlich auf die Ermittlung der Therapiehäufigkeit, die Wahrnehmung von Überwachungsaufgaben sowie die Ahndung von Verstößen beschränke. Eine Information der Öffentlichkeit sei im Gesetz aus Datenschutzgründen bewusst nicht vorgesehen.